

V-32 Unsere grüne Friedens- und Außenpolitik

Gremium: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 14.09.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 **Die internationalen Beziehungen durchlaufen dramatische Veränderungen. Dabei nehmen auch**
2 **Spannungen und Widersprüche zu, auf die grüne Friedens- und Außenpolitik**
3 **Antworten finden**
4 **muss.** Der Verbrauch von Ressourcen und Umweltverschmutzung bedrohen unsere
5 Lebensgrundlage.
6 Der zunehmende Reichtum ist außerdem extrem ungleich verteilt. Was für einige
7 Überfluss
8 verspricht, bedeutet für viele Armut, Ausbeutung und Leidensdruck. Noch nie waren
9 die
10 Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Ländern und Kulturen so vielfältig. Doch der
11 Kontakt
12 mit "anderen" wird nicht leichter. In Filterblasen sprechen wir immer öfter und
13 verständnisloser über- statt miteinander.
14 All dies erhöht das Eskalationsrisiko lokaler und globaler Konflikte. **Umwelt-,**
15 **Wirtschafts-,**
16 **und soziale Krisen, aber auch militärische Auseinandersetzungen, Krieg und**
17 **Flucht sind zu**
18 **weltpolitischen Alltagserscheinungen geworden.** Oft hängen sie miteinander
19 zusammen und
20 verschärfen sich gegenseitig. Die zunehmende Polarisierung von Diskursen und Politik
21 verhindert, dass Probleme bei ihren Ursachen angegangen werden. Die Propagierung
22 kurzfristiger militärischer Lösungsansätze macht sie sogar noch schlimmer.
23 Extrembeispiele
24 dafür sind Kriege „gegen Terror“ oder „gegen Drogen“, oder die unkritische Aufrüstung
25 vermeintlicher Verbündeter in Krisenregionen durch Waffenexporte.
26 Gerade herrscht auf der politischen Weltbühne zudem das Prinzip der Sicherheit durch
27 Einschüchterung und Dominanz. Diesen Sicherheitsbegriff müssen wir umkehren.
28 **Sicherheit ist**
29 **für uns die Gewährleistung der universellen Menschenrechte** und umfasst
30 auch die Beteiligung
31 am politischen und öffentlichen Leben, Bildungs- und Chancengleichheit,
32 gesundheitliche
33 Aspekte, reproduktive und sexuelle Rechte, Ernährungssouveränität, gerechte
34 Ressourcenverteilung und die Freiheit von Not und Furcht.
35 **Kern unserer außenpolitischen Bemühungen muss es sein, systematisch auf**
36 **globale Entspannung**
37 **und Überwindung von Gegensätzen hinzuarbeiten.** Dadurch gewinnen wir
38 gegenseitiges Vertrauen
39 zur dringend gebotenen gemeinschaftlichen Lösung globaler Schicksalsfragen.

International

26 müssen Deutschland und die EU dazu trotz Gegenwind noch intensiver auf eine Verrechtlichung

27 und Institutionalisierung unseres globalen Miteinanders hinwirken. Dies bedeutet, das

28 Völkerrecht und multinationale Institutionen zu verteidigen, zu stärken und

29 weiterzuentwickeln. Gleiches gilt für das internationale Strafrecht und den Internationalen

30 Strafgerichtshof. Wir stehen ein für die Stärke des Rechts statt dem Recht des Stärkeren.

31 **Das geht nur effektiv, wenn wir uns selbst konsequent an internationale Abkommen und Normen**

32 **halten und uns unserer eigenen geschichtlichen Verantwortung bewusst sind.**

33 **Grüne Friedens- und Außenpolitik ist im besten Sinne radikal.** Sie will die Probleme bei den

34 Ursachen packen und denkt grundsätzlich präventiv. Kein Genozid fällt einfach so vom Himmel,

35 keine Krise kommt ohne Vorboten. Und kein Krieg ist unausweichlich. Grüne Friedens- und

36 Außenpolitik ist deshalb auch kreativ. Sie versucht Entscheidungen zu vermeiden, bei denen

37 Politik zwischen zwei Übeln wählen muss. **Mit Dialog, Empathie und Vorstellungskraft bemühen**

38 **wir uns immer um gewaltfreie Ansätze zur Bearbeitung von Konflikten.**

39 Das Gewaltverbot des Art. 2 (4) der VN-Charta ist eine große Errungenschaft.

Militärische

40 Lösungen für Konflikte gibt es nicht. Kampfeinsätze sind für uns höchstens letztes Mittel,

41 und immer Ausdruck eines Scheiterns.

42 Der Einsatz von Militär ist nur zum Selbst- und Bündnisschutz, auf dem Territorium eines um

43 militärischen Beistand bittenden Staates, sowie im Rahmen völkerrechtskonformer Missionen

44 mit Mandat der Vereinten Nationen, nämlich zur Wahrung des Weltfriedens, im Falle eines

45 Genozids oder bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zu rechtfertigen.

46 Militär kann allenfalls als ein Instrument zur Verhinderung solcher Verbrechen beitragen und

47 Bedingungen für Verhandlungslösungen schaffen. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur mit

48 einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Jeder militärische Einsatz hat zugleich einen

49 hohen Preis. Es darf keinen militärischen Einsatz ohne einen Plan für die Konfliktnachsorge

50 und ohne Ausstiegs- und Abzugsstrategie geben.

51 Zudem braucht es gegenseitiges Verständnis: **Internationale und Interkulturelle Sensibilität**

52 **und Solidarität müssen auf allen Ebenen gefördert werden.** Dazu gehören

möglichst allen

53 Menschen zugängliche Möglichkeiten des Austausches. Mobilität, Bildung und Kultur sind

54 hierbei wichtige Säulen. Bezüglich bestehender, sowie möglicher neuer Konflikte, braucht es

55 zudem deutlich stärkere Aufklärung und Analysefähigkeiten, sowohl in den außenpolitischen

56 Institutionen wie auch in unseren Gesellschaften insgesamt. **Unsere Außenpolitik muss hierauf**

57 **aufbauen und jeweils die Sichtweisen aller Beteiligten miteinbeziehen,** anstatt populistisch

58 und konfliktverschärfend primär irgendeine „Heimkurve“ zu adressieren.

59 **Feministische Außenpolitik**

60 **Die Hälfte der Macht den Frauen* - das muss auch in der Außen- und Sicherheitspolitik**

61 **gelten!** Frauen* bestimmen bisher nur selten mit, wenn es um die großen außenpolitischen

62 Herausforderungen und Konflikte geht. Dabei sind sie* besonders drastisch von Kriegen,

63 Krisen und Umweltzerstörung betroffen. Frauen* sollen jedoch nicht als Opfer stigmatisiert

64 werden, sondern als Akteur*innen für Frieden und Sicherheit auftreten. Ein gerechtes und

65 friedliches Zusammenleben ist nur durch konsequente Teilhabe und Einbeziehung der Perspektive von Frauen* und marginalisierten Gruppen möglich.

67 **Wir verfolgen einen intersektionalen Ansatz.** Das heißt, dass wir besonders aufmerksam sind

68 für Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen. Systematische Benachteiligung

69 von Teilen der Bevölkerung beim Zugang zu Macht und Ressourcen birgt ein erhebliches

70 Konfliktpotenzial. Darum treten wir für eine Welt ein, in der alle ohne Gewalt und Unterdrückung leben können.

72 **Krisen und Kriege treffen Frauen* und andere verletzbare Gruppen in besonderer Heftigkeit**

73 **und ihre Perspektive bleibt dennoch unberücksichtigt.** Sexualisierte und genderbasierte

74 Gewalt wird vermehrt in und nach Konflikten ausgeübt, teils bewusst als Kriegswaffe eingesetzt. Konfliktanalysen müssen in allen Phasen des Konfliktzyklus auch die

75 Genderperspektive einbeziehen. Das gilt von der Erarbeitung von Frühwarnmechanismen bis hin

76 zu Nothilfe und Wiederaufbau. Solche feministischen Analysen bilden die Grundlage für

78 politische Entscheidungen.

79 **Die Erfahrungen von Frauen* müssen in die Verhandlungsrunden einfließen.** Aufgrund ihrer

80 Sozialisierung und spezifischen Betroffenheit haben Frauen* oft einen Blick für

81 tieferliegende, strukturelle Ursachen von Konflikten und können daher zu besseren

- Lösungen
- 82 beitragen. Ihre Einbindung in Prozesse der Friedensförderung und Konfliktprävention darf
- 83 sich nicht auf bloße Anwesenheit beschränken, sondern muss auch
- 84 Entscheidungsmacht umfassen,
- 85 im zivilen und im militärischen Bereich.
- 85 Unsere feministische Außenpolitik sorgt für grundlegende gesellschaftliche
- Veränderung: **Wir**
- 86 **wollen mit Diversität gegen homogene Machtzirkel und diskriminierende Netzwerke kämpfen.**
- 87 Wenn es lokale, möglichst unabhängige Frauen*organisationen gibt, sollen sie Zugang
- 88 zu
- 88 Verhandlungen und Öffentlichkeit erhalten. Wo noch keine solchen Organisationen
- bestehen,
- 89 soll der Aufbau unterstützt werden. Gerade in Post-Konflikt-Situationen und
- 90 Staatenbildungsprozessen sollte die Chance genutzt werden, die Entwicklung von
- 91 Frauen*rechten und -partizipation zu unterstützen.
- 92 **Auch Männer und Jungen profitieren von Gleichstellung und müssen dazu beitragen,**
- 93 **Frauenrechte und Teilhabe voranzutreiben.** Um dem Problem von „militarisierter Maskulinität“
- 94 zu begegnen, müssen wir patriarchalische und aggressive Männlichkeitsbilder in Frage
- 95 stellen. Dies wird auch Männern und Jungen zugutekommen, die selbst an
- 96 stereotypisierten
- 96 Erwartungen an sie leiden, oder ebenfalls negativ von den Auswirkungen männlich
- 97 dominierter
- 97 Politik betroffen sind.
- 98 So umgesetzt ist eine feministische Außenpolitik ein Gewinn für alle Seiten. Mit ihr
- 99 bauen
- 99 wir verschiedene Formen der Benachteiligung ab und fördern so Stabilität und Frieden.
- 100 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit**
- 101 **Friedenspolitik heißt Konflikte annehmen und gewaltfrei bearbeiten.**
- Grundlage einer
- 102 gewaltfreien Konfliktbearbeitung ist zum einen, die gegenseitigen Positionen,
- Interessen und
- 103 Bedürfnisse zu achten. Dies erfordert andererseits, auf Waffengewalt und Drohungen
- 104 zu
- 104 verzichten. Die Bereitschaft zur wechselseitigen Entwaffnung und Aufgabe
- gegenseitiger
- 105 Drohungen ist also Dreh und Angelpunkt für gewaltfreie Konfliktbearbeitung.
- 106 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und Strukturen kooperativer Sicherheit zielen darauf ab,**
- 107 **gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu verstetigen.** Durch Verhandeln, Vereinbaren
- und Überwachen
- 108 von Regeln und Grenzen für Bewaffnung wird das Gewaltpotential von Konflikten
- geschrumpft.
- 109 Darüber hinaus bildet sich ein institutioneller Rahmen für Vertrauensbildung und
- gewaltfreie

- 110 Konfliktbearbeitung. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Wahrung von Frieden
mit einem
111 kooperativen Sicherheitsverständnis besser gelingt als mit kompetitiven Konzepten
von
112 Sicherheit. Dieser Gedanke hat nach dem Ende des Kalten Krieges die
sicherheitspolitische
113 Zusammenarbeit beflügelt und zahlreiche Übereinkommen für Abrüstung,
Rüstungskontrolle und
114 Institutionen kooperativer Sicherheit ermöglicht.
- 115 **Die abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Errungenschaften wurden
jedoch nicht
116 konsequent gepflegt und ausgebaut.** Stattdessen setzte sich immer wieder der
Geist
117 kompetitiver Sicherheit durch. Den begrenzenden Einigungen über Abrüstung und
118 Rüstungskontrolle in bestimmten Bereichen wurde durch gezielte Aufrüstung und
119 Neuentwicklungen von Waffensystemen in anderen Bereichen ausgewichen.
Bündnisstrukturen
120 wurden nicht durch Strukturen kooperativer Sicherheit ersetzt, sondern ausgedehnt
und für
121 neue Aufgaben verstärkt. Hinzu kommt die Aufrüstung neuer Regional- und
Weltmächte.
- 122 Inzwischen zersetzt die weltweite Rüstungsspirale samt ihrer kompetitiven
Sicherheitslogik
123 auch die bereits geschaffene Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur insgesamt.
Europa
124 ist von diesem Vertrags- und Regelzerfall besonders betroffen. **Um Abrüstung,
125 Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen,
müssen wir uns von
126 Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen,** die ganze Bandbreite von
Waffensystemen in den
127 Blick nehmen und Verträge sowie Institutionen neu aufstellen.
- 128 Vor der eigenen Haustüre zu kehren ist der erste Schritt. **Rüstungsexporte in
Krisengebiete
129 und an Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen, müssen
gesetzlich verboten sein.**
- 130 Nicht wirtschaftliche Erwägungen oder die eigene Rüstungsindustrie, sondern
131 friedenspolitische Zielsetzungen müssen entscheidend sein. Auch auf europäischer
Ebene
132 müssen dem weltweiten Waffenhandel enge Grenzen gesetzt und die ausufernde
Verbreitung
133 europäischer Waffen in die ganze Welt beendet werden. Dies sowohl im Interesse der
eigenen
134 Sicherheit als auch, um der weltweiten Bewaffnung insbesondere von autoritären
Staaten und
135 in Krisengebieten entgegen zu wirken.
- 136 **Deutschland muss außerdem konsequent auf Nuklear- und andere
Massenvernichtungswaffen
137 verzichten.** Die hier stationierten Nuklearwaffen müssen abgezogen und der Ausstieg
aus der

138 Nuklearenergie im zivilen wie im militärischen Bereich vollendet werden. Wir wollen
eine
139 Verankerung von Nuklearenergie- und Nuklearwaffenfreiheit im Grundgesetz
diskutieren.
140 International muss sich Deutschland für Verbot und die Ächtung aller
141 Massenvernichtungswaffen einsetzen und alle Verträge, die dieses Ziel verfolgen,
142 unterstützen. Dazu zählen heute auch der Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag und der
143 Nuklearwaffenverbotsvertrag.

144 **Wir treten für ein generelles Verbot von Waffensystemen ein, die grausam
und unterschiedslos
145 töten und nicht mit dem humanitären oder Kriegsvölkerrecht vereinbar sind.**
Neben den
146 Massenvernichtungswaffen zählen hierzu Antipersonenminen und Streumunition. Die
Entwicklung
147 neuer Systeme, die gegen diese Grundregeln verstoßen, lehnen wir ab und treten für
deren
148 weltweites Verbot ein. Auch bewaffnete Drohen und **Waffensysteme, die ohne
effektive
149 menschliche Kontrolle Entscheidungen über Leben und Tod treffen können,
lehnen wir für die
150 Bundeswehr ab und setzen uns für deren Ächtung und Verbot ein. Die
weitere Militarisierung
151 des Weltraums nehmen wir nicht hin.** Für all diese Kategorien braucht es klare
internationale
152 Regeln bzw. Verbote, und Regime zur Sicherstellung ihrer Einhaltung.

153 **Die zunehmende Ausweitung der militärischen Nutzung neuer Technologien
betrifft auch
154 besonders den digitalen Raum.** Hier treten wir für klare Grenzen und einen Verzicht
auf die
155 offensive militärische Nutzung ein und sehen die Verantwortung für den Schutz der IT-
156 Infrastruktur im Innen- und nicht im Verteidigungsressort. Sie darf außerdem nicht
gegen
157 Bürger*innen- und Menschenrechte ausgespielt werden, insbesondere nicht im
Datenschutz.

158 **Als Motor künftiger Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen soll das
humanitäre
159 Völkerrecht dienen,** das den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Mit
dieser
160 Perspektive können wir auch künftigen militärtechnologischen Entwicklungen Grenzen
setzen
161 und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung fördern. Darum wollen wir das humanitäre
Völkerrecht
162 stärken und weiterentwickeln.

163 Um Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen,
müssen wir
164 uns von Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen. **Wir wollen einen
Paradigmenwechsel in der
165 Sicherheitspolitik und Strukturen der kooperativen Sicherheit auf- und
ausbauen,** die

166 perspektivisch kompetitiv ausgerichtete Sicherheitsallianzen ersetzen können. Hierzu
müssen
167 auch Deutschland und die EU sich loslösen von einer kurzfristigen, weil egoistischen
168 Sicherheitspolitik und den Prinzipien der Abschreckung und Abschottung.

169 **Multilateralismus und seine wichtigsten Institutionen: EU und VN**

170 Wir müssen anerkennen, dass es viele Akteur*innen in unserer globalen Realität gibt,
die ihr

171 Handeln auf eine „Logik der Unsicherheit“ stützen. Damit müssen wir vor allem
kurzfristig

172 auch pragmatisch umgehen. Wo immer möglich verfolgen wir aber einen anderen
Ansatz. Dazu

173 gehören die zivile Krisenprävention und der verstärkte Einsatz diplomatischer Mittel.

174 **Anstatt uns in die Ecke drängen zu lassen, wollen wir Verbündete suchen,
die dem eine**

175 **solidarische und offene Perspektive auf die Welt entgegensetzen.** "Wir" muss
dabei wegen

176 ihrer Kombination aus Gewicht und prinzipieller Einigungsfähigkeit wo möglich
mindestens die

177 EU bedeuten, aber als Begriff immer werteorientiert erweiterbar bleiben.

178 **Eurozentrismus, d.h. den primären oder ausschließlichen Bezug globaler Fragestellungen auf**

179 **uns, oder den Glauben, Europa wüsste oder könne alles besser, lehnen wir
ab.** Diese Denkweise

180 verhindert es oft, konstruktiv mit anderen zusammenzuarbeiten. Es ist im Gegenteil
besonders

181 wichtig, die Sicht anderer auf Europa und Deutschland anzuerkennen und zu
berücksichtigen.

182 Dies gilt insbesondere für Zusammenhänge, in denen letztere besondere historische
183 Verantwortung tragen, wie z.B. im Zusammenhang des Kolonialismus, der Shoah oder

anderen

184 massiven Verbrechen. Deren Aufarbeitung darf nicht enden und muss immer die
Perspektiven der

185 Opfer mit einbeziehen.

186 **Die weitere Einigung und Entwicklung Europas im Sinne einer friedlichen EU darf nicht in**

187 **pauschaler Abgrenzung zu oder gar Dämonisierung von anderen Staaten
erfolgen,** sondern muss

188 mit Dialog und friedlichem Ausgleich und den Interessen aller im Blick einhergehen. So
kann

189 sie mehr noch als ein Einigungsprozess nach innen, auch ein Friedens- und

190 Entwicklungsprozess nach außen sein. Dieses Potenzial wird heute noch zu wenig
genutzt. Im

191 Gegenteil: Europas Verschleppung u.a. einer echten, mindestens EU-weit koordinierten

192 Energiewende gefährdet das Weltklima, während viele europäische Konsum- und
Handelsmuster

193 vor allem Menschen andernorts die Existenzgrundlagen entziehen. Zudem treiben
europäische

194 Waffenexporte Aufrüstungsspiralen und entsprechende Unsicherheitslogiken an,

während
195 europäische Migrationspolitik einseitig auf Abschottung setzt und so den Tod vieler
Menschen
196 zu verantworten hat.

197 Europa kann einen Unterschied machen, wenn es um Menschenrechte, Frieden,
Sicherheit und
198 Freiheit geht, auch über seine Grenzen hinweg! Wir wollen uns darum für ein
Gemeinsames Haus
199 Europa einsetzen. Dafür braucht es eine starke EU, aber auch viel Engagement für
200 Institutionen wie die OSZE und die Zusammenarbeit im Europarat. **Unsere Vision**
eines
201 **außenpolitisch starken Europas ist eine zivile, eine inklusive, eine**
solidarische Stärke,
202 **die aus einer menschenrechtsorientierten Politik friedensstiftend wirkt.** Den
aktuellen Fokus
203 in der EU auf eine Union der Verteidigung lehnen wir ab. Er beschränkt Europas
204 Friedenspotenziale und führt zu weiterer Aufrüstung. Eine wie auch immer geartete
nukleare
205 Bewaffnung einer EU-Armee ist für uns nicht akzeptabel. Eine EU-Armee ist für uns nur
206 diskutabel, sofern ihr Einsatz (vergleichbar mit der Bundeswehr) an einen EU-
207 Parlamentsvorbehalt gebunden ist und sie durch Synergie-Effekte insgesamt deutlich
208 Rüstungsausgaben einspart. Sie darf aber nicht unsere Sicht und Prioritäten bezüglich
209 nachhaltiger Konfliktbehandlung bestimmen. Stattdessen liegt unser Schwerpunkt in
der
210 Früherkennung und Prävention und wir fordern, die finanziellen Mittel dafür, anstatt für
211 Militär, auszuweiten.

212 Seit vielen Jahren wird gefordert, dass Europa, bzw. die EU, „weltpolitikfähig“, d.h.
geeint
213 handlungsfähig, werden solle. Jedoch: **Europas außen- und sicherheitspolitische**
Einigung, so
214 **wie wir sie uns vorstellen, kann sich nur in der Zuwendung zum**
Multilateralen Dialog
215 vollziehen. Multilateralismus bedeutet, dass zentrale Akteure ihre Politik im
gegenseitigen
216 Respekt miteinander absprechen und gemeinsam handeln. Nur so können wir auch
den Grundstein
217 setzen für einen globalen Ordnungsrahmen, der zur neuen, multipolaren Ära passt und
dem
218 Ausgleich dienlich ist.

219 Die Vereinten Nationen (VN) haben sich in den ereignisreichen und wechselhaften
Jahrzehnten
220 ihrer Existenz als Institution mit zahlreichen Unterorganisationen stark erweitert, um
221 globalen Herausforderungen besser begegnen zu können. Zentrale Probleme der
politischen
222 Steuerung und Entscheidungsfindung in ihren Gremien wurden jedoch nach einer
kurzen, durch
223 das Ende des Kalten Krieges bedingten Hoffnungsphase wieder offensichtlicher.
Hinweise auf

224 Missstände sollen von uns aber keine Pauschalkritik sein, wie sie oft gerade von denen
225 kommt, die effektiven Multilateralismus ausbremsen - **Gerade weil wir die VN als
226 die primäre Akteurin und Verhandlungsort für globale Fragen stärken wollen, kritisieren
wir ihren
227 aktuellen Zustand.**

228 Vor allem der VN-Sicherheitsrat als nach wie vor das zentrale Gremium, das
229 friedenserhaltende und friedenserzwingende Maßnahmen beschließen kann, wird
seinen
230 Anforderungen nicht gerecht. Seine Zusammensetzung ist nicht repräsentativ: Viele
Länder mit
231 sehr großen Bevölkerungen (z.B. Indien) sitzen hier nicht dauerhaft mit am Tisch. Und das
232 einsame Vetorecht seiner fünf ständigen Mitglieder wird oft für Sonderinteressen
233 missbraucht, selbst wenn diese viele Menschen zu Leid, Elend, Unterdrückung und Tod
234 verdammen. **Multilaterale Strukturen wie der VN-Sicherheitsrat müssen
dahingehend reformiert
235 werden, dass sie demokratischer, repräsentativer als auch weniger
blockadeanfällig werden.**

236 **Deshalb fordern wir eine Reformierung der Sitzverteilung im VN-
Sicherheitsrat und des
237 Vetorechts. Gleichzeitig müssen regionale Institutionen wie zum Beispiel die
Afrikanische
238 Union weiter gestärkt und die Kooperation mit ihnen ausgebaut werden.**

239 Zudem mangelt es an ausreichender Ausstattung zahlreicher VN-Organisationen, um
ihre
240 wachsenden Aufgaben angemessen zu erfüllen. Dies gilt für die finanzielle und auch
die
241 personelle Ausstattung. Vor allem wenn Gefahr im Einsatz droht, wie im Falle von
242 Polizist*innen oder Soldat*innen, zögern gerade die reicheren Staaten, darunter
Deutschland,
243 ihren Fähigkeiten gemäß mit anzupacken. **Ehrlicher und effektiver
Multilateralismus bedeutet
244 für uns nicht „nur“, in für den Weltfrieden kritischen Situationen die
Einhaltung
245 internationaler rechtlicher Normen zu fordern, sondern auch, sich an
entsprechend
246 beschlossenen Maßnahmen nach Kräften zu beteiligen.**

247 **Unser Respekt und unsere Wertschätzung gelten all jenen, die die in der VN-
Charta
248 verankerten Werte und Menschenrechte mit Leben füllen und in der Welt
vertreten.** Dazu
249 gehören international wie national insbesondere auch Diplomat*innen, Aktive der
250 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenhelfer*innen, sowie die Angehörigen von
251 Streitkräften. Sie alle wollen wir anhören und nehmen sie in unseren außen- und
252 friedenspolitischen Positionierungen ernst.